



## COVID-19 – Newsletter 103

28.01.2022

Noch immer stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren und sind zentrale Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken. Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:  
[https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no\\_cache=1](https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1)

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



## Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS .....	3
2. Lockdown für Ungeimpfte endet.....	3
3. Erste rechtliche Vorkehrungen für Impflotterie und Boni für Gemeinden .....	3
4. COFAG wird bald automatisch über Corona -Verstöße informiert .....	4
5. Eltern wollen Demo-"Sperrzone" vor Schulen und Kindergärten .....	4
6. Boosterimpfung schützt zu 99 Prozent vor Tod durch Covid-19 .....	4
7. Pandemie ließ Tourismus stark zurückfallen .....	5
8. Unis zwischen 2-G und 2,5-G.....	5
9. „Long Covid“: Rufe nach besserer Versorgung .....	6
10. Hunderttausende Impfbefreiungen vor Ablauf.....	6
Aus den Bundesländern.....	7
1. Vier Bundesländer stellen Contact-Tracing ganz oder teilweise ein.....	7
2. Neue Plattform in der Steiermark für Verdachtsfälle.....	8
3. Kärnten: Land und Gemeinden mit hohen Pandemiekosten.....	8
4. Oö. Landtag will Eilverfahren vor VfGH und Kindergarten-Schutzzonen.....	9
5. Steiermark verschärft Maßnahmen in Kindergärten.....	9
Aus den Städten und Gemeinden.....	10
1. OÖ: Rund 90.000 Impfungen bei Impfwochen in den Gemeinden .....	10
Europa und International .....	11
1. Trotz Omikron-Welle - Teile Europas wagen Lockerungen.....	11
2. IWF: Weniger Wachstum, höhere Inflation.....	12
3. Bericht der EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa .....	12



## Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

### 1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **21. Jänner 2022** herausgegeben:

**BGBL. II Nr. 25/2022**

Festsetzung von Hundertsätzen für die Bemessung von  
Kaufkraftausgleichszulagen für im Ausland verwendete  
Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes

**BGBL. II Nr. 26/2022**

COVID-19-Registerverordnung

**BGBL. II Nr. 27/2022**

1. Novelle 2022 der Geflügelpest-Verordnung 2007

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **25. Jänner 2022** herausgegeben:

**BGBL. II Nr. 28/2022**

Änderung der Zeugnisformularverordnung

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **26. Jänner 2022** herausgegeben:

**BGBL. II Nr. 29/2022**

Änderung der KMU-Förderungsgesetz COVID-19-  
HaftungsrahmenV

**BGBL. II Nr. 30/2022**

Weinrecht-Sammelverordnung 2021

**BGBL. II Nr. 31/2022**

Änderung der Verordnung über besonders belastende  
Berufstätigkeiten

### 2. Lockdown für Ungeimpfte endet

Der Lockdown für gegen das Coronavirus ungeimpfte Personen endet am Montag. Das gaben Bundeskanzler Karl Nehammer und Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein am Mittwoch – zusammen mit einem neuen Höchstwert bei den Neuinfektionen – vor dem Ministerrat bekannt. Andere Maßnahmen wie die etwa im Handel und in der Gastronomie geltende 2-G-Regel bleiben weiter in Kraft.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3245087/>

### 3. Erste rechtliche Vorkehrungen für Impflotterie und Boni für Gemeinden

Die ersten rechtlichen Vorkehrungen für die Durchführung der angekündigten Impflotterie sowie für die Ausschüttung von finanziellen Zuschüssen für Gemeinden zur Umsetzung von Impfkampagnen auf lokaler Ebene sowie für Bonuszahlungen, die vom Erreichen hoher Impfquoten abhängig gemacht werden, trifft ein von ÖVP und Grünen eingebrachter Initiativantrag. Dem Gesundheitsausschuss wurden noch weitere Anträge der Regierungsfractionen zugewiesen, die vorerst jedoch nur redaktionelle Anpassungen enthalten.

Noch keine konkreten Details zur Impflotterie sowie zu den geplanten Zuschüssen für die Gemeinden finden sich im Initiativantrag von ÖVP und Grünen betreffend ein Bundesgesetz zur Erhöhung der Inanspruchnahme von Impfungen gegen COVID-19 (2235/A). In den im Entwurf enthaltenen vier Paragraphen wird lediglich festgehalten, dass Personen, die in Österreich ihren Hauptwohnsitz haben und eine Teilimpfung gegen COVID-19 mit einem in Österreich dafür zugelassenen Impfstoff erhalten haben, an der Ausspielung von Gutscheinen nach Maßgabe dieses Gesetzes teilnehmen können. Außerdem haben Gemeinden einen Anspruch auf einen Zweckzuschuss für Aufwendungen in Zusammenhang



mit kommunalen Aktionen zur Erhöhung der Impfquote ("kommunale Impfkampagne") sowie auf Prämien, die sich nach dem Grad der Inanspruchnahme von Impfungen gegen COVID-19 innerhalb der Gemeinde richten ("kommunale Impfprämie"). Inkrafttreten soll das Gesetz, das bis 31. Dezember 2022 befristet ist, nach dem Tag der Kundmachung.

Weitere Initiativanträge der Regierungsfractionen schlagen Änderungen im COVID-19-Impfpflichtgesetz (2215/A) sowie im Bundesgesetz zur Sicherung des Kunst-, Kultur- und Sportlebens vor weiteren Auswirkungen der COVID-19-Pandemie (2237/A) vor, wobei es einerseits um eine sprachliche Anpassung und andererseits um die Korrektur eines redaktionellen Versehens geht.

#### 4. COFAG wird bald automatisch über Corona-Verstöße informiert

Für die Rückforderung von Corona-Hilfen bei Verstößen gegen Schutzmaßnahmen wird eine automatische Datenerlieferung von den Bezirksverwaltungsbehörden an die COFAG eingerichtet. Das Gesetz dazu liegt bereits im Parlament, berichtete Finanzminister Magnus Brunner Samstag in der Ö1-Reihe "Im Journal zu Gast". Betriebe wie das Kitzbüheler Lokal, in dem der Runtastic-Gründer voriges Wochenende feierte, müssen dann das im betreffenden Monat erhaltene Geld zurückzahlen.

Ermöglicht wird die Schnittstelle für den Datenaustausch mit dem "COVID-19-Compliance-Gesetz", einer Novelle zum Transparenzdatenbankgesetz 2012. Der Mitte Dezember eingebrachte ÖVP-Grün-Antrag sieht vor, dass "zum Zweck der Sicherstellung der Einhaltung von COVID-19 Förderbestimmungen" im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Maßnahmengesetz "Überprüfungsmechanismen bereitgestellt" werden - und soll rückwirkend mit 1. November 2021 in Kraft treten.

Konkret bedeutet dies, dass Strafbescheide der Bezirksverwaltungsbehörden automatisch an die Covid-19-Finanzierungsagentur des Bundes (COFAG) übermittelt werden. "Dann geht's einfach, dann können wir Hilfen zurückerfordern" bei Verstößen, erläuterte Brunner. Die Möglichkeit der Rückforderung bestehe seit November. Es sei vorsehen, dass der Anteil der Corona-Hilfe für den Monat zurückgezahlt wird, in dem der Verstoß stattfand.

#### 5. Eltern wollen Demo-"Sperrzone" vor Schulen und Kindergärten

Der Dachverband der Elternverbände der Pflichtschulen fordert eine Sperrzone für Demonstrationen vor Kindergärten, Pflichtschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Anlass sind in der Vorwoche abgehaltene Kundgebungen vor einer Volksschule in der Steiermark und einem Hort in Oberösterreich. "Das geht gar nicht", meinte Dachverbands-Vorsitzende Evelyn Kometter in einer Aussendung.

Für Sitzungen des Nationalrats, des Bundesrats, der Bundesversammlung oder eines Landtags gibt es derzeit im Versammlungsgesetz eine "Bannmeile": Im Umkreis von 300 Metern darf demnach keine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Im Gespräch ist auch die Einführung von Sperrzonen um Gesundheitseinrichtungen.

#### 6. Boosterimpfung schützt zu 99 Prozent vor Tod durch Covid-19

Die Covid-19-Schutzimpfungen wirken sehr gut gegen schwere Verläufe und Todesfälle und der Booster noch einmal deutlich besser. Das verdeutlichen neue Daten von Geimpften und Ungeimpften in Österreich. Drei Dosen bieten eine Effektivität gegenüber Todesfällen von 99,2 Prozent im Vergleich zu Ungeimpften. Nach zwei Teilimpfungen sind es 92,6 Prozent, wobei im Herbst ein Rückgang des Schutzes vor Infektionen beobachtet wurde, zeigt die Analyse der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG).



„Das Ergebnis für Österreich deckt sich mit anderen internationalen Studien“, betonte Lukas Rainer von der GÖG gegenüber der APA. Die Daten beziehen sich jedoch vor allem auf die Delta-Variante. Bezüglich der Omikron-Mutation „braucht es noch Zeit, um valide Aussagen treffen zu können“, erläuterte der Experte für Gesundheitssystemanalyse. Die Impfeffektivität in Österreich wird weiterhin beobachtet, es werde jedoch im Pandemieverlauf schwieriger, eine geeignete Kontrollgruppe aus Personen, die weder geimpft noch genesen sind, zu finden.

Die aktuelle Analyse umfasst den Zeitraum von Anfang Februar 2021 bis 13. Jänner, die Daten zu den Drittimpfungen wurden ab 1. Oktober berechnet. In Österreich wurden bisher rund 14.000 Covid-19-Todesfälle verzeichnet. Darunter gab es seit den ersten abgeschlossenen Impfserien Anfang Februar 2021 rund 5.600 Tote, wovon mit rund 4.500 Todesfällen der Großteil nicht vollständig immunisierte Personen betraf, hält die GÖG fest. Aber auch 95 dreifach geimpfte Personen starben bisher an Covid-19, der Großteil war 75 Jahre oder älter.

## 7. Pandemie ließ Tourismus stark zurückfallen

Laut Statistik Austria brachen die Nächtigungen voriges Jahr gegenüber 2020 nochmals um fast 19 Prozent auf 79,57 Millionen ein. Das waren um 48 Prozent weniger als im Jahr vor der Pandemie (2019). Im Vergleich zu früheren Jahrzehnten fällt diese Bilanz ernüchternd aus: 1970 gab es 79,52 Millionen Nächtigungen in Pensionen, Hotels und Ferienwohnungen. In absoluten Zahlen lagen die Nächtigungen im abgelaufenen Jahr um 73,1 Millionen unter dem Vor krisenniveau von 2019.

Infolge internationaler Reisebeschränkungen, Quarantänebestimmungen und Lockdowns verringerte sich die Zahl der Ankünfte gegenüber 2020 den Statistikern zufolge um 11,5 Prozent auf 22,15 Millionen. Der Rückgang war bei den ausländischen Gästen mit 15,6 Prozent auf 12,73 Millionen naturgemäß stärker als bei den inländischen, die ein Minus von 5,3 Prozent auf 9,42 Millionen auswiesen.

Die Nächtigungsbuchungen aus dem Ausland verringerten sich um fast 25 Prozent auf rund 50 Millionen, jene aus dem Inland um 6,3 Prozent auf 29,6 Millionen. Die für den heimischen Tourismus so wichtigen Deutschen reduzierten ihre Nächtigungen in Österreich um 16,6 Prozent auf 32,1 Millionen. Damit machten im zweiten CoV-Jahr mehr Deutsche Urlaub in Österreich als Inländer.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3245123/>

## 8. Unis zwischen 2-G und 2,5-G

An den heimischen Unis wird es in Sachen CoV-Management auch im Sommersemester keine einheitliche Linie geben. Nach der Universität Klagenfurt kündigte zuletzt auch die Wiener Wirtschaftsuniversität (WU) an, künftig die 2-G-Regel umzusetzen. An der größten Uni des Landes, der Universität Wien, hält man APA-Angaben zufolge indes wohl auch im März weiter an 2,5-G (geimpft, genesen oder PCR-Test) fest.

„Detailregelungen für das kommende Sommersemester werden zeitnah präzisiert“, heißt es dazu auf der Uniwebsite: „Ziel ist jedenfalls, den Lehrbetrieb so viel wie möglich vor Ort zu gewährleisten.“ So wie in Wien ist derzeit etwa auch an der Uni Graz und Johannes Kepler Universität Linz (JKU) der Zutritt und Aufenthalt in den Universitätsgebäuden mit gültigem 2,5-G-Nachweis gestattet. Zu den weiteren Maßnahmen zählt etwa auch eine strenge FFP2-Maskenpflicht in den Universitätsgebäuden.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3245286/>



## 9. „Long Covid“: Rufe nach besserer Versorgung

Betroffene von „Long Covid“-Erkrankungen fordern eine bessere Versorgung. Einige Patient\*innen entwickeln ME/CFS (Myalgische Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom) mit starker Erschöpfung.

Das ist keine neue Krankheit, sondern wird etwa auch vom Epstein-Barr-Virus ausgelöst. ME/CFS sei aber bisher kaum beachtet und schlecht versorgt, heißt es von den Organisationen Long Covid Austria und der Gesellschaft für ME/CFS in einer Stellungnahme an die APA.

Mehr dazu: <https://science.orf.at/stories/3211104>

## 10. Hunderttausende Impfzertifikate vor Ablauf

580.000 Impfzertifikate (Stand: 23.01.2022) würden mit Anfang Februar ablaufen, „sofern keine weitere Impfung in Anspruch genommen wird“, hieß es am Montag auf ORF.at-Anfrage aus dem Gesundheitsministerium. Vor zwei Wochen hatte das Ministerium noch eine Zahl von 897.000 bestätigt – das Kalkül, mit der verkürzten Zertifikatsgültigkeit zum Booster zu motivieren, scheint also aufzugehen.

Entscheidender dürfte aber Omikrons Beitrag sein: Die derzeit dominierende Virusvariante verbreitet sich besonders schnell, auch Geimpfte und Genesene stecken sich häufiger an als zuvor mit Delta. Zwei Impfungen würden gegen Omikron nur inkomplett und zeitlich sehr limitiert wirken, sagte am Wochenende Katharina Reich, Chief Medical Officer im Gesundheitsministerium. Dagegen nähme Studien zufolge der Schutz nach dem dritten Stich auch nach längerer Zeit kaum weiter ab.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3244816/>



## Aus den Bundesländern

### 1. Vier Bundesländer stellen Contact-Tracing ganz oder teilweise ein

Zu viele Infektionen verunmöglichen die Kontaktnachverfolgung in **Oberösterreich**, in der **Steiermark**, in **Tirol** und **Salzburg** wird die Arbeit eingeschränkt.

Mit den am Montag gemeldeten Zahlen liegt **Oberösterreich** bei einer Sieben-Tage-Inzidenz von 1.848. Gesundheitsreferentin Christine Haberlander begründet den Schritt das Contact-Tracing einzustellen mit zu vielen Neuinfektionen, stattdessen wird der Fokus nur auf akut infizierte gelegt. Diese sollen laut Bundeserlass weiterhin abge sondert werden. Danach sind sie angefordert, sich selbst darum zu kümmern, etwaige Kontaktpersonen zu verständigen.

Die Vielzahl der Positivfälle führt nun auch in der **Steiermark** zu Restriktionen beim Contact-Tracing. Die Kontaktnachverfolgung werde derzeit auf den vulnerablen Bereich beschränkt, heißt es aus dem Büro der Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß. Contact-Tracing sei momentan nur noch für die Gesundheitseinrichtungen, Schulen und Pflegestationen möglich. Ausgebaut werden soll aber das Freitestsystem mittels Heimurgeltests.

"Wir stellen nicht ein", sagt ein Sprecher von Landeshauptmann Wilfried Haslauer zur Ankündigung aus Oberösterreich, das Contact-Tracing weitgehend aufzugeben. Allerdings komme auch in **Salzburg** das Tracing aufgrund der steigenden Infektionen in personeller und technischer Sicht an die Belastungsgrenze, hat die Landeskorrespondenz schon Ende vergangener Woche mitgeteilt.

**Tirol** hält sich an die Vorgaben des Kontaktpersonenmanagements des Gesundheitsministeriums hinsichtlich einer Priorisierung im Contact Tracing bei eingeschränkten Ressourcen. Priorität hat aktuell die möglichst rasche Absonderung positiv getesteter Personen.

Auch andere Bundesländer haben Schwierigkeiten, die Kontaktnachverfolgung bei der hohen Zahl an Neuinfektionen aufrechtzuerhalten: "Aktuell schaffen wir es noch", sagt der Sprecher der Landesregierung in **Kärnten**, Gerd Kurath. Das Contact-Tracing-System werde laufend aufgestockt, "aber natürlich besteht die Gefahr, dass es angesichts der Fülle an Fällen zusammenbricht".

Keine größeren Probleme gibt es bei der Kontaktnachverfolgung in **Niederösterreich**, sagt ein Sprecher von Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig. "Wir denken derzeit nicht daran, bei unserem Contact-Tracing etwas zu ändern", heißt es auf STANDARD-Anfrage. Die Kontaktnachverfolgung in Österreichs größtem Bundesland funktioniert: Am Montag liege die Aufklärungsquote bei 59 Prozent.

Auch im **Burgenland** laufe derzeit alles "wie gehabt", sagt eine Sprecherin von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil: Das Contact Tracing laufe unvermindert weiter.

In der Stadt **Wien** gibt es vorerst keine Einschränkungen beim Contact Tracing, wie es aus dem Ressort von Gesundheitsstadtrat Peter Hacker heißt. Dennoch wird nach STANDARD-Informationen aktuell weniger Personal dafür eingesetzt als noch vor ein paar Wochen. Waren Anfang Jänner noch 530 Mitarbeiter\*innen mit dem Nachverfolgen von Kontakt-Ketten beschäftigt, sind es aktuell nur noch rund 490 Personen.

In **Vorarlberg** läuft das Contact-Tracing weiter "vollumfänglich", heißt es vom Land. Allerdings könne es zu Verzögerungen kommen, bis man kontaktiert wird. Das Land passt das Vorgehen angesichts des hohen Infektionsgeschehens nun an und stockt die Zahl der Personen, die das Infektionsteam unterstützen, weiter auf.

Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000132780206/oberoesterreich-stellt-contact-tracing-ein-steiermark-zieht-nach>



## 2. Neue Plattform in der Steiermark für Verdachtsfälle

Die hohen Infektionszahlen führen auch dazu, dass das Testsystem immer wieder ans Limit gerät. Um die Situation in den Griff zu bekommen, schränkt die Steiermark das Contact-Tracing ein; zudem soll ab sofort eine neue Onlineplattform helfen.

Ab sofort muss sich nicht mehr jeder, der vermutet, CoV-Symptome zu haben, bei 1450 melden, sondern man kann auch online abklären, ob man als Verdachtsfall gilt oder nicht. Dabei werden einem Fragen nach Symptomen gestellt. Erhärtet sich durch die angeklickten Antworten der Verdacht, kann man seinen Namen angeben und bekommt einen Termin für einen behördlichen PCR-Test per SMS zugesendet. Diese Termine kann man sich nicht aussuchen – sie werden für die steiermarkweit installierten Covid-Drive-Ins vom Roten Kreuz vergeben. Durch diese neue Online-Abklärung erhofft man sich, dass die Betroffenen kürzere Wartezeiten haben.

Mehr dazu: <https://steiermark.orf.at/stories/3140020/>

Zur Plattform für Verdachtsfälle: <https://covidverdacht.st/>

## 3. Kärnten: Land und Gemeinden mit hohen Pandemiekosten

Sparen bei den Ausgaben? In Pandemiezeiten unmöglich. Seit Beginn der Coronapandemie hat das Land Kärnten bereits 62,81 Millionen Euro im Gesundheitsbereich ausgegeben. Fortsetzung folgt, mit ungewissem Ausgang. In einer ersten Tranche fürs heurige Jahr gab es zuletzt von der Landesregierung grünes Licht für 25 Millionen Euro. „Das wir damit das ganze Jahr das Auslangen finden, ist illusorisch“, spricht Beate Pretzner als Gesundheitsreferentin Klartext. Denn es geht gleich wie schon 2020 und 2021 „um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und um einen reibungslosen Dienstbetrieb“.

### Was zu zahlen ist

- Mit 25,6 Millionen Euro entfielen bisher die höchsten Kosten auf die mobilen und stationären Corona-Testungen samt Untersuchungen und Laborleistungen, samt Mieten, Betriebskosten, Sicherheitsdienste, Testbusse:
- 9,55 Millionen betrug der Zweckzuschuss für die (Kabeg-)Krankenanstalten, 670.000 zahlte das Land an Gemeinden.
- 7,54 Millionen wurden bisher an freie Dienstnehmer\*innen bezahlt, die im Contact Tracing oder Visitendienst tätig sind.
- 6,44 Millionen kostete das Impfwesen (Honorare, Mieten, Betriebskosten), 6,4 Millionen flossen in den Pflegebereich, für ärztliche Betreuung (Materialkosten) waren es 3,2 Millionen.
- 1,9 Millionen flossen an den Verein Gesundheitsland Kärnten für Personal, Contact Tracing, Impfkoordination etc.

### Offene Fragen

Ein Problem ist, dass das Land - und die Gemeinden - viele Leistungen vorfinanzieren müssen und vom Bund erst spät abgegolten bekommen, wenn überhaupt. Es bleiben also auch Unsicherheiten. 36,6 Millionen wurden vom Bund bis jetzt ans Land refundiert. Doch nicht alles zahlt der Bund. So muss Kärnten den Visitendienst selbst finanzieren. Oder 750.000 für das Besuchsmangement in den Pflegeheimen.

### Warten aufs Geld

Kosten entstehen auch Gemeinden, die wegen der 3G-Regel am Arbeitsplatz oder Touristen Testangebote hochfahren. „Das müssen die Gemeinden vorfinanzieren und mit dem Bund abrechnen. Es ist eine finanzielle Belastung“, weiß Gemeindegeschäftsführer Peter Heymich. Für die ersten Massentests habe der Bund das Geld erst ein Jahr später, im Dezember 2021, den Kommunen gezahlt.





#### 4. Oö. Landtag will Eilverfahren vor VfGH und Kindergarten-Schutzzonen

Der oberösterreichische Landtag wird vom Bund die Möglichkeit eines Eilverfahrens vor dem Verfassungsgerichtshof (VfGH) und Schutzzonen vor Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen verlangen. Die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ unterstützen dabei die Anliegen des jeweils anderen: Das von der FPÖ immer wieder vorgebrachte Anliegen des Eilverfahrens wird u.a. auch von der ÖVP unterstützt, die ÖVP-Forderung nach Schutzzonen von der FPÖ.

#### 5. Steiermark verschärft Maßnahmen in Kindergärten

Das Land Steiermark verschärft ab Freitag die Corona-Schutzmaßnahmen in Kinderbetreuungseinrichtungen: Pädagog\*innen, Betreuer\*innen sowie anderes und somit auch externes Personal müssen beim Betreten und während des Aufenthalts verpflichtend eine FFP2-Maske tragen. Ausnahmen gibt es nur in wenigen Fällen: beispielsweise, wenn eine Logopädieleistung erbracht wird. Die Ausnahmen sind in der Verordnung aufgelistet, hieß es am Donnerstag.

In der Aussendung der Kommunikation Land Steiermark wurde erklärt, dass die Maßnahme aufgrund des Pandemiegeschehens und zur Eindämmung der Verbreitung von Covid-19 nötig sei. "Gerade unsere Jüngsten, die sich nicht gegen das Coronavirus impfen lassen können, benötigen den bestmöglichen Schutz vor einer Infektion. Darüber hinaus ist die maximale Sicherheit des gesamten Personals von essenzieller Bedeutung. Nicht nur für die Gesundheit, sondern auch für die Sicherstellung des Betreuungsangebotes", sagte Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß.



## Aus den Städten und Gemeinden

### 1. OÖ: Rund 90.000 Impfungen bei Impfwochen in den Gemeinden

Positive Bilanz der beiden OÖ Impfwochen, welche von den Gemeinden gemeinsam mit engagierten Hausärzt\*innen in Ordinationen, Pfarrzentren, Schulen, Gemeindeämtern, Veranstaltungszentren oder Wirtshäusern durchgeführt wurden: Zwischen 10. und 23. Jänner haben sich in Oberösterreich mehr als 90.000 Bürger\*innen impfen lassen. Mehr als 60.000 davon erhielten ihre Booster-Impfung. Die Impfquote konnte im Bundesland um 1,3 Prozent auf nunmehr 67,8 Prozent der Gesamtbevölkerung erhöht werden.

„Die beiden Impfschwerpunktwochen in den oberösterreichischen Gemeinden erwiesen sich als die richtige Antwort zum richtigen Zeitpunkt angesichts der Omikron-Variante mit extrem steigenden Fallzahlen“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer, der sich bei allen Beteiligten für die Organisation und den Einsatz vor Ort bedankt. „Es waren vor allem die vielfältigen und durchwegs niederschweligen Angebote, die letztlich zu einer Steigerung der Impfbereitschaft in der Bevölkerung beitragen konnten“, freut sich auch Gesundheitslandesrätin Christine Haberlander über das Ergebnis.

Klaus Luger, der Linzer Bürgermeister und Vorsitzende des OÖ Städtebundes betont die aktuelle Bedeutung solcher Aktivitäten zur Immunisierung der Bevölkerung: „Da die Impfung nach wie vor den effektivsten Schutz gegen Covid-19 darstellt, unterstütze ich ausdrücklich jede Aktivität, die dazu beiträgt, die Impfquote zu erhöhen. Jede komplette Immunisierung – bestehend aus drei Stichen – verhindert nicht nur schlimme individuelle Folgen einer Corona-Erkrankung, sondern trägt auch aktiv dazu bei, dass unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben einen Schritt in Richtung Normalität macht.“



## Europa und International

### 1. Trotz Omikron-Welle - Teile Europas wagen Lockerungen

Fast ganz Europa leuchtet auf der EU-Ampel-Landkarte dunkelrot – und trotzdem scheint die Zeit von Lockdowns und strikten Maßnahmen vorbei zu sein. Omikron sorgt weiter für sehr hohe Fallzahlen, die Hospitalisierungen bleiben aber deutlich unter jenen früherer CoV-Wellen zurück. In vielen Ländern werden Lockerungen angekündigt oder diskutiert, **Dänemark** prescht voraus und will schon kommende Woche alle Restriktionen aufheben.

Er wolle, dass die Einstufung von Covid-19 als Bedrohung für die Gesellschaft ab dem 1. Februar gestrichen werde, verkündete der dänische Gesundheitsminister Magnus Heunicke in einem am Mittwoch veröffentlichten Schreiben an Abgeordnete. Das würde de facto die Aufhebung der derzeit geltenden nationalen CoV-Restriktionen bedeuten, wie etwa die Maskenpflicht und verkürzte Öffnungszeiten für Lokale. Auch entfalle die Prüfung der Impfnachweise, wie die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen sagte.

Auch in den **Niederlanden** werden nach gut einem Monat die strikten CoV-Auflagen wieder gelockert. Wie Regierungschef Mark Rutte am Dienstag bekanntgab, dürfen Restaurants, Bars und Museen ab Mittwoch wieder bis 22.00 Uhr öffnen. Damit reagiere seine Regierung auf die „großen Spannungen“, welche die Beschränkungen im Kultursektor und im Gastgewerbe ausgelöst hätten.

Die Regierung in **Spanien** setzt sich dafür ein, Covid als endemische Krankheit wie die Grippe einzustufen, mit deren saisonalen Ausbrüchen die Menschen leben können und die das Gesundheitssystem nicht überlasten. Dieser Schritt sei „an der Zeit und notwendig“, sagte Gesundheitsministerin Carolina Darias.

Ähnlich argumentierte der wegen Verstößen gegen die CoV-Maßnahmen im Vorjahr schwer in die Kritik gekommene britische Premier Boris Johnson. „Da Covid endemisch wird, müssen wir die gesetzlichen Vorschriften durch Ratschläge und Empfehlungen ersetzen.“ Ab dem 27. Jänner ist in **England** das Tragen von Masken nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben. Auch die Arbeit im Homeoffice wird nicht mehr offiziell empfohlen, und die Vorlage des Gesundheitspasses in Clubs und bei bestimmten großen Versammlungen ist dann nicht mehr vorgeschrieben. Für März plant die Regierung das Ende der Isolation für positiv getestete Menschen.

Im Vereinigten Königreich entscheidet jeder Landesteil über seine Gesundheitspolitik. Am Dienstag erst hatte die Regierung in **Schottland** angekündigt, die meisten der bestehenden Beschränkungen abkommender Woche wieder aufzuheben. Damit dürfen unter anderem auch Diskotheken wieder öffnen. **Wales** hatte bereits in der vergangenen Woche ähnliche Schritte angekündigt.

**Italien** plant unterdessen ein Ende der Quarantänepflicht für CoV-Infizierte, die schon drei Impfungen erhalten haben. Die Omikron-Variante sei nämlich „bei vollständig Geimpften einer schweren Form der Grippe ähnlich“, sagte Gesundheitsstaatssekretär Pierpaolo Sileri der Tageszeitung „Die Presse“ (Donnerstag-Ausgabe). Auch sei die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung des Virus durch eine asymptomatische Person beim Tragen einer FFP2-Maske „äußerst gering“.

In **Deutschland** will die Regierung noch abwarten und warnt vor Lockerungen. Die bestehenden Beschränkungen wirkten und hätten eine Entschleunigung erreicht, sodass die Omikron-Ausbreitung keine „Steilwand“ geworden sei, heißt es aus dem deutschen Gesundheitsministerium. Nichtsdestoweniger kündigten einzelne Bundesländer kleinere Lockerungsschritte im Bereich Sport- und Kulturveranstaltungen an.

Zurückhaltend zeigt sich auch **Schweden**. Die derzeit geltenden Einschränkungen werden um zwei Wochen verlängert, wie am Mittwoch bekanntgegeben wurde. Hintergrund sei die sich rasch ausbreitende Virusvariante Omikron, sagte Gesundheitsministerin Lena Hallengren. Bars und Restaurants müssen also weiterhin um 23.00 Uhr schließen. In größeren Veranstaltungsräumen dürfen maximal 500 Personen zusammenkommen.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3245096/>



## 2. IWF: Weniger Wachstum, höhere Inflation

Angesichts eines schwächer erwarteten Wachstums in China und den USA hat der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Prognose zur Entwicklung der Weltwirtschaft etwas nach unten korrigiert. Die globale Wirtschaft soll 2022 um 4,4 Prozent wachsen – um 0,5 Prozentpunkte weniger als bei der vorherigen Prognose im Oktober angenommen, wie der IWF am Dienstag mitteilte.

„Die Weltwirtschaft beginnt 2022 in einer schwächeren Position als zuvor erwartet“, erklärte der IWF. Die Omikron-Variante drohe den Pfad der wirtschaftlichen Erholung zu behindern. Zugleich hätten steigende Energiepreise und Probleme auf der Angebotsseite zu einer höheren und breiteren Inflation geführt als erwartet.

Für die USA, die weltgrößte Volkswirtschaft, kappte der IWF seine Wachstumsprognose um 1,2 Prozentpunkte auf vier Prozent. Als Grund dafür nennt der IWF vor allem das Scheitern eines billionenschweren Pakets für Investitionen in Sozialleistungen und Klimaschutz im US-Kongress, das die Konjunktur angekurbelt hätte.

Für China, die zweitgrößte Volkswirtschaft, wurde die Prognose um 0,8 Prozentpunkte auf 4,8 Prozent gesenkt. Ein Grund für das schwache China-Geschäft dürfte neben der dortigen Konjunkturabkühlung angesichts der Immobilienkrise die Null-Covid-Strategie der Regierung sein. Diese führt schon bei einer geringen Zahl von Ausbrüchen dazu, dass ganze Fabriken und Hafenanlagen geschlossen werden.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3245016/>

## 3. Bericht der EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa

Neben den aktuellen Verlaufsgrafiken bildet der Bericht der EuroComm – wie gewohnt – ab, wie sich die Lage im jeweiligen Land entwickelt, vor allem in Hinblick auf die Auslastung des Gesundheitssystems und den Impffortschritt.

Mehr dazu in **Beilage 1**.

